



LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abgeordneter

Dr. Peter Enders

Vorsitzender des Ausschusses

für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Dr. med. Peter Enders, MdL, Gollershobener Str. 3, 57632 Eichen

An den Präsidenten
des Landtages Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

57632 Eichen
Gollershobener Straße 3

Bürgerbüro
57632 Flammersfeld
Raiffeisenstraße 12
Telefon (0 26 85) 82 66
Telefax (02 6 85) 98 93 49

55116 Mainz
Kaiser-Friedrich-Straße 3
Telefon (06131) 208 3427
Telefax (06131) 208 4427

Flammersfeld, 22.04.15

Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Enders und Michael Wäschenbach (CDU)

Palliativversorgung für den Landkreis Altenkirchen

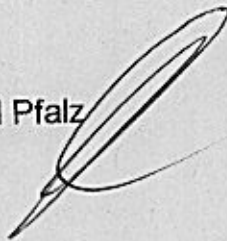
Unabhängig von Einstellungen zu Formen der Sterbehilfe gibt es eine breite Unterstützung für den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Der damit verbundene politische Auftrag richtet sich auch an das Land Rheinland-Pfalz. Schwerkranke und sterbende Menschen müssen in der letzten Phase ihres Lebens bestmöglich versorgt, gepflegt und betreut werden. Sie bedürfen menschlicher Begleitung und Zuwendung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit ist
 - a) die Allgemeine Ambulante Palliativversorgung und
 - b) die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgungfür den Landkreis Altenkirchen gegeben?
2. Inwieweit entspricht das Angebot dem Bedarf, welche Probleme und Defizite bestehen?
3. Welche Versorgungskapazität durch Palliativstationen gibt es für den Landkreis Altenkirchen?
4. Inwiefern entsprechen die vorhandenen Angebote, ihre Förderung und ihre Versorgungskapazität dem Bedarf?
5. Welche Probleme und Defizite bestehen?

6. Wie viele Palliativstationsplätze (Betten) müssten bezogen auf die Einwohnerzahl zur wohnortnahen Versorgung bereit stehen?
7. Wie wird sich die Bedeutung der Palliativversorgung in Zukunft entwickeln, welcher Handlungsbedarf besteht für den Landkreis Altenkirchen?

Landtag Rheinland Pfalz
08.04.2015 10:11
Tgb.-Nr.



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Präsident des
Landtags Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

nachrichtlich:

Staatskanzlei
55116 Mainz

Landtag Rheinland-Pfalz
Kopie der Antwort an Fragesteller

Anfrage

Dra.

3181
16/4846

DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

7. April 2015

Mein Aktenzeichen
632-2-76

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-In / E-Mail
Ralf M. Engel
Ralf.Engel@msagd.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2413
06131 1617-24130

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Enders und Michael Wäschenbach
(CDU)
betr. Palliativversorgung für den Landkreis Altenkirchen
- Anfrage 3181 -**

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1a):

Die allgemeine ambulante Palliativversorgung ist eine Aufgabe der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte und hier insbesondere der Hausärztinnen und Hausärzte. In Rheinland-Pfalz besitzen nach Auskunft der Landesärztekammer niedergelassene Ärztinnen und Ärzte an zehn Orten im Landkreis Altenkirchen die Zusatz-Bezeichnung "Palliativmedizin". Die Anzahl dieser Ärztinnen und Ärzte ist der Landesregierung nicht bekannt.

Zu 1b):

Ein Netzwerk der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung gibt es im Landkreis Altenkirchen nicht.

- 1 -

Blinden und sehbehinderten
Personen wird dieses Dokument
auf Wunsch auch in für
sie wahrnehmbarer Form
übermittelt.

Abteilung Gesundheit: Schießgartenstraße 6 • Fax 06131/164375
Abteilung Sozialversicherungen: Diether-von-Isenburg-Str. 9-11 • Fax 06131/1653

sozial
AKTIV
für Rheinland-Pfalz



Zu 2.:

Die Bedarfsplanung im vertragsärztlichen Bereich ist Aufgabe der Selbstverwaltung. Der Gemeinsame Bundesausschuss hat in der Bedarfsplanungsrichtlinie keine spezielle Bedarfsplanung für die ambulante Palliativversorgung vorgesehen. Defizite sind der Landesregierung nicht bekannt. Gleichwohl ist in der landesweiten Betrachtung festzustellen, dass die von der Akademie für Ärztliche Fortbildung angebotenen Kurse zur Erlangung der Zusatz-Bezeichnung "Palliativmedizin" stets ausgebucht sind, so dass von einem unverändert großen Interesse in der Ärzteschaft an der Palliativmedizin und einem Erwerb der entsprechenden Zusatzbezeichnung auszugehen ist.

Handlungsbedarf besteht grundsätzlich im weiteren Aufbau der spezialisierten ambulante Palliativversorgung (SAPV). Es gibt Schätzungen in den Fachpublikationen, nach denen auf 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner ein SAPV-Team bedarfsgerecht sei. Bei einer Bevölkerungszahl von 129.166 im Landkreis Altenkirchen (Stand 2012, Quelle: Statistisches Landesamt) wird der kalkulatorische Bedarf für ein SAPV-Team nicht erreicht.

Zu 3.:

Im Landkreis Altenkirchen gibt es ein Krankenhaus mit einer Palliativstation: Am DRK-Krankenhaus Kirchen werden sieben Palliativbetten vorgehalten.

Zu 4.:

Mit der Zahl an Palliativstationen und Palliativplätzen liegt Rheinland-Pfalz deutlich über dem Bundesdurchschnitt von rund 22 Betten pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner und im Vergleich der Bundesländer an zweitbesten Stelle. Die Landesregierung geht davon aus, dass mit den bestehenden Palliativstationen und ihren Versorgungskapazitäten ein dem Bedarf entsprechendes Angebot geschaffen wurde. Auch sind im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb von Palliativstationen keine Probleme bekannt.



Zu 5.:

Vor allem besteht die Notwendigkeit, die bestehenden ambulanten Angebote der Hospizversorgung mit den palliativmedizinischen Angeboten zu vernetzen.

Zu 6.:

Legt man den derzeitigen Bundesdurchschnitt von 22 Palliativplätzen pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner zugrunde, so müsste es für den Landkreis Altkirchen drei Palliativbetten geben, tatsächlich betrieben werden sieben.

Zu 7.:

Aufgrund der steigenden Lebenserwartungen und der Zunahme onkologischer Erkrankungen kann von einem steigenden Bedarf an Palliativversorgung ausgegangen werden. Die vorhandenen Angebote in Aus-, Weiter- und Fortbildung müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen.

In Vertretung

David Langner
Staatssekretär